

Weißrussland: Zwischen Osten und Westen, Staat und Markt

Belarus übt die kontrollierte Marktwirtschaft

VDI nachrichten, Minsk, 9. 7. 04 - Nach der Ausdehnung der EU bildet Weißrussland nun die Wohlstandshürde zwischen den EU-Neulingen und den Armutsflüchtlingen aus dem Osten. Das Land selbst schwankt zwischen stärkerer Anbindung an Russland und dem Ziel des EU-Beitritts. Deshalb, aber auch als wichtigster Handelspartner im Westen, hat Deutschland ein großes Interesse an "Belarus".

Dass dies eine andere Welt ist, lernt unsere Journalistengruppe gleich am Flughafen Minsk. Wegen des fehlgeleiteten Gepäcks müssen wir ein kompliziertes Formular ausfüllen und dem belarussischen Staat versichern, dass wir wegen der Koffer keinerlei Ansprüche an ihn richten werden. Leider gelingt es uns nicht auf Anhieb, die Fragen im Sinne der gerade herrschenden Regeln auszufüllen, so dass der Tresen bald mit vollgekritzelten Zetteln übersät ist. Am Ende ist es zwei Uhr nachts, aber die Zollbeamten mit ihren beeindruckend hohen Kappen haben die groteske Situation so würdig bewältigt wie wir.

Auf dem Weg ins Stadtzentrum fahren wir über den Prospekt, die 10 km lange und 50 m breite Hauptstraße in Minsk. Überdimensionierte Scheinwerfer strahlen die monumentalen Gebäude links und rechts des Weges an. Die Festbeleuchtung ist Teil des Programms von Präsident Lukaschenko zum "Jahr der Ordnung", wozu auch blitzsaubere Straßen, gepflegte Parks und entsprechend verbannte Bettler gehören. Damit bedient er das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, die durch manipulierte Medien und ständige Existenzsorgen immer noch leicht zu gängeln ist.

Allerdings kann die so erleuchtete Hauptstadt leicht im Dunkel versinken, hängt doch die Stromversorgung des Landes ständig am seidenen Faden. Russland liefert Gas und Öl zu Sonderkonditionen und stellt schon mal kurzfristig die Lieferung ein, wenn Belarus den Zahlungen nicht nachkommt. Dann droht Lukaschenko, die russischen Transitleitungen nach Deutschland zu kappen, und Putin erinnert ihn daran, dass es da ja noch alternative Wege über die Ostsee gäbe ...

Unter diesem Druck hat das "Staatskomitee für Energieeinsparung" immerhin erreicht, dass Belarus die höchste Energieeffizienz der GUS-Staaten aufweisen kann. Zudem ließ die Regierung gerade den Plan für ein neues Hightech-Zentrum verbreiten, das sich unter anderem den regenerativen Energien widmen soll.

Dabei gibt es längst einen Vorreiter: die "Internationale Sacharow-Umwelt-Universität", die auf dem denkmalgeschützten Gutshof "Wolma" 30 km vor Minsk mit dem Bau eines Öko-Parks begonnen hat. Rektor Semjon Kudas führt stolz durch die restaurierten Gebäude. "Wir wünschen uns jegliche Unterstützung aus dem Westen, um hier ein internationales Studienzentrum mit einer autonomen Energieversorgung einrichten zu können."

Dafür werden Photovoltaik-Anlagen, Solarmodule und weitere Modellanlagen regenerativer Energiesysteme benötigt. Geeignete Windkraft-Standorte hat man auch bereits ermittelt, hier hofft man auf ausgemusterte 100- bis 200-kW-Anlagen aus Deutschland.

Endlose Felder auf dem Land erinnern daran, dass hier immer noch die Idee der Kolchose verfolgt wird. Auch Lukaschenko hat lange eine Kolchose geleitet. Nur 100 von 2500 dieser Großbetriebe arbeiten rentabel, den anderen fehlt es an Dünger, Maschinen oder aber an Arbeitswillen. "XY hat wegen Trunkenheit drei Tage bei der Arbeit gefehlt", steht auf dem schwarzen Brett einer Kolchose-Verwaltung, die wir besichtigen.

Jedes Jahr versuchen mehr als 2000 Bauern, sich aus diesem Korsett zu befreien und machen

sich selbstständig. Das Land müssen sie pachten, Privateigentum ist nicht erlaubt. Die Hälfte von ihnen gibt bald wieder auf, weil sie mit den hoch subventionierten Kolchospreisen nicht mithalten können.

Seit 1996 versucht die Regierung, durch "Freie Wirtschaftszonen" mehr Investoren ins Land zu holen, lockt mit niedrigen Steuern und liberalen Gesetzen. Rechtssicherheit ist der oberste Wunsch ausländischer Firmen, die vor der extremen Einmischung durch den belarussischen Staat zurückschrecken.

Allein rund zwanzig Behörden ist es erlaubt, die unterschiedlichsten Geldstrafen zu verhängen oder fremdes Eigentum zu konfiszieren. Außerdem müssen die Firmen ständig mit dem Besuch einer Kontrollbehörde, wie der Hygieneaufsicht oder Miliz, rechnen: 2,3-mal wurde im letzten Jahr jedes Unternehmen in Belarus überprüft, Dauer im Durchschnitt 3,7 Tage.

Der Geschäftsführer der Freien Wirtschaftszone Grodno, Sergej Tkachenko, aber verspricht deutschen Investoren einen goldenen Boden. "Keine Zollabgaben, geringe Energiekosten, hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Und alle behördlichen Verfahren wickeln wir innerhalb eines Monats ab."

Dafür müsse man mitbringen: Mindestens 200 000 \$ Stammkapital, 90 % der Maschinen müssen jünger als fünf Jahre sein, 60 % der Produkte müssen exportiert werden. Tkachenko lockt mit den Vorteilen eines autokratischen Systems. "Wir haben keine Kriminalität. Bei uns herrscht Ordnung." Ob das nach der EU-Ost-Erweiterung so bleibt? Der Wirtschaftsmann wird ernst: "Die Einsickerung von Drogen und Prostitution ist ein Riesenproblem. Unsere Grenzen sind Hauptfilter illegaler Ströme. Bedenken Sie: Wir sorgen für Ruhe in Ihren Häusern."

In den Freien Wirtschaftszonen wird auf die "Goldene Aktie" verzichtet, die dem belarussischen Staat sonst jegliche Mitsprache in großen Betrieben sichert. So auch bei "Milavitsa" in Minsk, einem der Vorzeige-Unternehmen des Landes und räumlich die größte Näherei Europas. Seit 1908 wird hier Wäsche hergestellt. Dank einer italienischen Beteiligung und französischen Designerinnen finden sich die modischen Mieder unter diversen Labels in westeuropäischen Kaufhäusern wieder.

In den riesigen Näherei- und Schmitthallen wird von den 2500 Mitarbeitern noch vieles mit der Hand gemacht. Neben modernen Maschinen beweisen jahrzehnte alte Dürrkopp-, Adler- oder Pfaff-Nähmaschinen ihre Unverwüstlichkeit. Direktor Dmitrij Ditschkowskij weist stolz auf 50 Mio. \$ Jahresumsatz hin, den er in den nächsten fünf Jahren verdoppeln will. Das durchschnittliche Gehalt von 250 \$ ist ihm dabei auf Dauer zu hoch. "Wir suchen nach neuen Standorten auf dem Land, um die Arbeitskosten zu senken."

"Ein EU-Beitritt würde uns gut gefallen", meint Ditschkowskij diplomatisch. Offener drückt es der Sprecher des Außenministeriums, Andrei Savinykh, aus. "Ich würde gleich in die EU eintreten, aber die Regierung sieht das nicht als ihr Ziel an. Uns geht es vorrangig um die Zusammenarbeit mit Russland und der Ukraine und den Aufbau der Marktwirtschaft."

Die wenig informierte Bevölkerung wünscht sich nach Umfragen zu etwa gleichen Teilen eine größere Anbindung an Russland oder den Beitritt zur EU. Der scheidende deutsche Botschafter in Minsk, Dr. Helmut Frick, aber ist sich sicher: "Die EU-Idee wird sich auf längere Sicht durchsetzen."

MAGDALENA KÖSTER